

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Uli Henkel

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Julika Sandt

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Alexander König

Abg. Anne Franke

Staatsministerin Melanie Huml

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Krieg in der Ukraine - Konsequenzen für Deutschland und Bayern"

Für die heutige Sitzung ist die AfD-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie kennen das Prozedere. – Als ersten Redner rufe ich den Kollegen Uli Henkel auf.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Frau Präsidentin, liebe herzlich willkommene Gäste aus der Ukraine, geschätzte Kollegen! Es herrscht wieder Krieg in Europa. Während ich zu Ihnen spreche, sieht sich die Ukraine einem völkerrechtswidrigen Angriff der Russischen Föderation ausgesetzt. Der Wunsch nach Frieden ist wohl kaum der Grund für diesen Krieg gegen das ukrainische Brudervolk, eher schon die Furcht Moskaus vor der Demokratie und einer immer näherkommenden Nato.

Der Westen steht heute vor einem Scherbenhaufen einer zwischen Arroganz, offener Feindseligkeit und Naivität schwankenden Russlandpolitik, die sich geweigert hat, die Russische Föderation nach dem Zerfall der UdSSR als das anzuerkennen, was sie aber doch stets geblieben ist: eine Weltmacht, wie schon ein Blick auf den Globus zeigt. Den Preis dafür zahlt jetzt die Ukraine mit dem Blut der Väter und Söhne und am Ende möglicherweise mit ihrer Unabhängigkeit, aber auch die Bürger Europas mit explodierenden Energiepreisen, mit einer nun wohl unvermeidbaren Aufrüstung und mit der Bewältigung einer humanitären Katastrophe.

Wenn ich heute also die Fehler des Westens erwähne, so deshalb, weil wir nur auf diese Einfluss hatten und auch nur diese in Zukunft vermeiden können. Bei allem Versagen westlicher Diplomatie muss jedoch zunächst in aller Deutlichkeit gesagt werden: Es gibt keinerlei Rechtfertigung für diesen Überfall auf die Ukraine. Wer im 21. Jahrhundert den Tisch der Diplomatie verlässt, um mit seiner Armee Fakten zu schaffen, gar die territoriale Integrität eines Landes verletzt, der verstößt gegen das

Völkerrecht, weshalb sich auch jeglicher Gedanke daran verbietet, nun unsererseits der Ukraine Zugeständnisse abzuverlangen, um so Moskau vielleicht zu besänftigen.

In jeder Tragödie steckt aber auch die Chance auf einen Neuanfang, weshalb ich den Krieg um die Ukraine und seine Auswirkungen auf uns alle nun im Kontext dreier Themenbereiche beleuchten möchte, die da sind: Erstens, Energiepolitik; zweitens, Flüchtlingspolitik; drittens, Verteidigungspolitik.

Fakt ist, dass die russische Seite – bisher jedenfalls – ihre vertraglichen Verpflichtungen uns gegenüber immer vollständig erfüllt hat. Weil wir uns uneingeschränkt darauf verlassen konnten, dass wir das bestellte Gas auch bekommen, haben wir uns davon aber auch abhängig gemacht. So etwas ist nie gut; denn Länder haben – um Charles de Gaulle zu zitieren – eben keine Freunde, sondern lediglich Interessen.

Wir müssen unsere energiepolitische Abhängigkeit nun also radikal reduzieren, aber doch nicht durch das Bauen grüner Luftschlösser, sondern durch die Beendigung der laut "The Wall Street Journal" dümmsten Energiepolitik der Welt; zum Beispiel durch eine längst überfällige Diversifizierung.

A. Wir sollten also, wo immer wir können – ja, auch weiterhin in Russland, denn wo ist bitte der Unterschied zu Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder auch Saudi Arabien – mit langfristigen Verträgen Pipeline-Gas einkaufen, aber eben auch LNG, wenn möglich, ohne dass dies durch Fracking gewonnen wurde.

B. Wir benötigen auch weiterhin noch für viele Jahre eine grundlastfähige Eigenkohleverstromung.

C. Ein Weiterbetrieb der letzten drei deutschen Kernkraftwerke darf kein Tabu sein – egal, ob diese am 31. Dezember nun einfach weiterlaufen können oder aber erst wieder ertüchtigt werden müssen, um dann für etliche weitere Jahre die Stromversorgung der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt zu gewährleisten.

D. Auch die AfD positioniert sich natürlich nicht gegen die Erneuerbaren an sich,

(Lachen)

sind diese doch ein Teil des unideologischen Energiemixes, den wir brauchen. Nur sind wir halt so ehrlich und sagen, dass diese alleine, zumindest in den nächsten Dekaden, noch nicht in der Lage sein werden, unseren Bedarf vollständig zu decken.

Wenn wir also unideologisch handeln, sind alle Energiearten unverzichtbar. Wird der Energiebezug auf viele Quellen verteilt, ist das auch ein Akt der Selbstverteidigung unseres Landes, dessen Wohlstand und damit dessen Fähigkeit, anderen Ländern zu helfen, eben darauf basiert, dass unsere Wirtschaft floriert und auch bei Dunkelflauten nicht zum Erliegen kommt.

Beim Stichwort "anderen helfen" komme ich nun zur Flüchtlingspolitik; denn seit dem 24. Februar fliehen Menschen vor einem Angriffskrieg in die EU. Diese Menschen gehen uns etwas an, und wir wollen sie deshalb auch nicht abweisen. Dennoch gibt es zunächst aber effizientere Arten der direkten Hilfe, und diese sollten insoweit auch stets unsere erste Wahl sein.

Ukrainer haben oft gute Beziehungen, häufig verwandtschaftliche Bindungen und kaum Sprachbarrieren mit einigen Nachbarländern, die wiederum Teil der EU sind. Dort, also heimatnah, sollte die Mehrheit der nun Flüchtenden jedenfalls vorrangig zunächst einmal untergebracht werden. Insoweit muss Deutschland die Erstaufnahmeländer so hinreichend mit Geld und Sachmitteln unterstützen, dass diese den Ukrainern dort vor Ort wirklich angemessen helfen können. Das wäre dann auch die doch so oft beschworene europäische Solidarität.

Das Richtige zu tun, dabei aber die Fehler von 2015 zu vermeiden, sollte also das Gebot der Stunde sein, wobei die Parameter durchaus andere sind als damals. Spätestens jetzt sieht man den Unterschied zwischen kriegs- und wirtschaftsbedingter Flucht auf den ersten Blick: Es kommen vor allen Dingen Frauen und Kinder, Alte und Geschwächte. Es kommen nicht Menschen, die planvoll aufgebrochen sind, sondern solche, die innerhalb von Minuten aus ihren Wohnungen fliehen mussten, Familien,

deren Männer in der Ukraine bleiben, um selbstverständlich dort ihre Heimat zu verteidigen. Die Allermeisten kommen auch nicht zu uns, um es sich in unserer weltberühmten sozialen Hängematte bequem zu machen, sondern sie wollen so rasch wie möglich zurück in ihre Städte und Dörfer, um das wiederaufzubauen, was der Aggressor ohne jede Rechtfertigung zerstört hat.

Kurzum: Hier kommen Menschen in großer Not, zu Hunderttausenden, auch schon direkt zu uns. Insoweit stellt sich die Frage: Wohin mit all den Menschen, wohin in unseren jetzt schon restlos überfüllten Städten mit ihren ohnehin schon unbezahlbaren Mieten? Da erlaube ich mir schon auch anzumerken: Wir hätten deutlich mehr Platz, wenn wir die Hunderttausende von Ausreisepflichtigen, die rechtsstaatlich final abgelehnt wurden und dennoch weiterhin in unserem Land und auf unsere Kosten leben, konsequent zurückgeführt hätten.

(Beifall bei der AfD)

Eine Notlage wie die jetzige sollte also alle Verantwortlichen an diese ihre Verantwortung erinnern, die aus falsch verstandener Gutmütigkeit unterlassenen Schritte nun schnellstmöglich nachzuholen.

Die AfD akzeptiert im Übrigen auch unter den Bedingungen der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie keinen Freifahrtschein so wie in 2015. Auch weiterhin sind wir strikt dagegen, dass Menschen ohne jede Prüfung in unser Land kommen können. Aber mit einer entsprechenden Registrierung haben die Ukrainer auch keinerlei Probleme, verstehen sie doch auch die Sorgen der Aufnahmeländer.

Lassen Sie mich zum Schluss nun noch zur Verteidigungspolitik kommen, zeigt der Überfall auf die Ukraine doch, dass Wehrfähigkeit leider auch im 21. Jahrhundert unerlässlich ist. Bedingt abwehrbereit – liebe Kollegen, Sie erinnern sich –, das war einmal! Denn heute sind wir ohne den Schutz unserer Verbündeten schlicht wehrlos.

Einige Gründe dafür möchte ich exemplarisch benennen:

A. Keiner der letzten vier Verteidigungsminister hat gedient und versteht etwas von der Materie.

B. Die Wehrpflicht wurde ohne Not ausgesetzt, die Truppenstärke viel zu stark reduziert.

C. Die 2 % des BIP, die wir in effiziente Verteidigung hätten stecken müssen, haben wir in Afghanistan, Mali und für eine völlig falsche Flüchtlings- und Außenpolitik verbrannt.

D. Statt dafür zu sorgen, dass wenigstens das vorhandene Gerät einsatzbereit ist, haben wir uns lieber um Diversity-Beauftragte und anderen Quatsch gekümmert, und jetzt stehen wir blank da, wie der Inspekteur des Heeres offen zugeben muss. Dabei gilt doch noch immer der Satz: Si vis pacem, para bellum.

Geschätzte Kollegen, was ist nur aus unserem Land geworden?

Aber in jeder Krise steckt auch eine Chance, und die sollten wir ergreifen, selbst wenn es schon fünf nach zwölf ist. Nur drei Punkte dazu:

Erstens. Konzentration auf die beiden Hauptaufgaben der Bundeswehr, die da sind: die Landesverteidigung und der Bündnisfall.

Zweitens. Keine Auslandseinsätze mehr zum Zwecke des Demokratieexportes oder gar eines Regimewechsels, mit Ausnahme rein humanitärer Einsätze unter UN-Mandat.

Drittens. Reaktivierung der Wehrpflicht oder vielleicht sogar die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, also zum Beispiel zwölf Monate Dienst am Volk, für Männer und Frauen, wahlweise bei der Bundeswehr oder im Sozialbereich – und das ohne Möglichkeit, sich zu drücken.

Geschätzte Kollegen, gemeinsam sollten wir daran arbeiten: Erstens, unsere Energiepolitik auf breitere Füße zu stellen; zweitens, unsere Flüchtlingspolitik noch einmal

gründlich zu überdenken; drittens, unsere Wehrbereitschaft zu erhöhen; viertens, die Russische Föderation wieder zurück in den Staatenbund zu holen. Es wollen doch wohl weder Deutschland noch die EU noch die Nato Russland wirklich dauerhaft zum Feind haben.

Liebe Kollegen, tun wir also nicht nur das Erforderliche, sondern tun wir vor allem auch das Richtige! Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Menschen in der Ukraine. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion das Wort, ebenfalls für zehn Minuten.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste aus der Ukraine! Ich danke der Präsidentin für die eindrucksvollen Worte zu Beginn dieser Plenarsitzung. Heute haben wir die erste Plenarsitzung nach dem schrecklichen Einfall Russlands in die Ukraine. Es ist schon bewegend und etwas ganz Besonderes, Vertreterinnen und Vertreter der Freien Universität begrüßen zu dürfen. Ich glaube, das Wort ist sinnbildlich. Ich begrüße Sie auch ganz herzlich in meinem Namen und im Namen der CSU-Fraktion. Ich danke Ihnen für den mutigen Einsatz, den Sie und Ihre Landsleute in den vergangenen Tagen und Wochen geleistet und mit dem Sie uns alle beeindruckt haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin ehrlich: Es fällt mir schwer, diese Worte zu sagen und zu wiederholen, was die Präsidentin angesprochen hat. Ich glaube jedoch, dass es wichtig ist, das heute Morgen im Parlament noch einmal zu tun. Vor genau zwei Wochen ist das für uns bis dahin Unvorstellbare eingetreten – ein Angriffskrieg in Europa. Mit unvorstellbarer Brutalität, mit Unmenschlichkeit und – das sage ich auch – mit Wahnsinn legt die russi-

sche Armee Städte in Schutt und Asche und macht auch vor zivilen Zielen nicht halt. Die dramatischen Erinnerungen unserer Eltern und unserer Großeltern werden jetzt wieder in Europa schreckliche Realität. Panzer rollen, und Bomben fallen. Sicherlich haben Sie auch die Nachricht vernommen, dass Bomben auch auf Entbindungs- und Kinderstationen fallen sowie Atomkraftwerke beschossen werden – mitten in Europa. Meine Damen und Herren, wir hätten uns das nie träumen lassen, dass Kinder in einem Krieg sterben müssen. Das erschreckt uns alle nach wie vor.

Meine Damen und Herren, es wird auch unverhohlen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht. Ich wiederhole: Dieser aggressive und verbrecherische Angriffskrieg ist durch nichts zu erklären. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar, und nicht nur das: Wir sehen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei einem Nachbarland der Europäischen Union, bei unseren Freunden mitten in Europa. Es ist ein Angriff auf die Freiheitsordnung in Europa, ein Angriff auf die Demokratie und damit nicht zuletzt ein Angriff auf uns alle – auch hier in diesem Hohen Haus. Deswegen stehen wir, die freie Welt, zusammen. Das ist ein klares Zeichen an Putin, was wir in den letzten Wochen erlebt haben. Die CSU-Fraktion unterstützt in diesem Hohen Haus auch alle internationalen Bemühungen. Wir stellen uns klar gegen diesen Aggressor.

Sage und schreibe 141 Staaten haben in diesen Tagen für eine UN-Resolution gestimmt, die den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und den Abzug Russlands aus dem Land fordert – ganz zu Recht. Was erleben wir auch? – Eine Einigkeit bei Sanktionen wie Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Sie werden innerhalb der Europäischen Union in einem nie dagewesenen Tempo auf den Weg gebracht. Sie werden bereits jetzt umgesetzt. In Deutschland spüren wir das bereits direkt. Später werden wir darüber noch intensiv diskutieren. Wir stehen jedoch zusammen.

Länder außerhalb der Europäischen Union wie die Vereinigten Staaten, Südkorea und Japan ziehen auch nach. Selbst die Türkei sperrt die Durchfahrt von Kriegsschiffen am Bosphorus. Das ist ein klares Signal, dass wir für Freiheit, Demokratie und Frieden einstehen und beieinanderstehen – in der EU, in der NATO, an der Seite der Ukraine, Po-

lens und der baltischen Staaten. Putin hat diese Einigkeit unterschätzt, genauso wie er die Widerstandskraft und den Mut der Menschen in der Ukraine unterschätzt hat. Wir sind mit den vielen, vielen Ukrainern solidarisch, die unverschuldet in Not geraten sind. Diesen Kampf für die Freiheit unterstützen wir. Sie haben das Recht auf Selbstverteidigung. Dieses nehmen sie auch wahr. Wir unterstützen sie mit Ausrüstung. Wir sehen auch bei uns in Europa eine nie dagewesene Hilfsbereitschaft. Erst heute Morgen um drei Uhr hat mich eine SMS erreicht von Bekannten, die sich an der ukrainischen Grenze befinden und für Unterstützungslieferungen tätig sind. Sie haben eine Medikamentenliste geschickt. So geht es vielen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause und in ganz Bayern. Viele Menschen wollen helfen, sowohl vor Ort als auch bei uns in Bayern. An dieser Stelle möchte ich sagen: Vielen Dank für dieses unglaubliche Zeichen der Mitmenschlichkeit, das die Menschen an den Tag legen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage aber auch ganz klar: Wir im Westen haben lange, vielleicht zu lange auf Vernunft, Einsicht oder eine bloße Drohgebärde bei den Russen gehofft. Vielleicht haben wir zu lange darauf gehofft, diesen Konflikt mit Worten und Appellen zu lösen. Sinnbildlich ist die Ankündigung der Lieferung von 5.000 Helmen geworden, die noch wenige Tage vor dem Einmarsch der Russen in der Ukraine als großes und starkes Signal gewertet worden ist. Ich bin dankbar und froh, dass wir in ganz Deutschland an Ihrer Seite stehen.

Die Invasion Russlands in die Ukraine ist eine Zeitenwende. Das wissen wir. Die Sicherheitslage in der Welt hat sich fundamental verändert. Wir sehen, Freiheit braucht Sicherheit. Frieden muss verteidigt und wieder erkämpft werden. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein und bleiben. Ich selbst komme aus einer Region, die seit Jahrzehnten an der Grenze von einer Bedrohungslage geprägt ist. Die NATO-Abhörtürme prägen bei uns noch heute das Landschaftsbild in der Region. Die Bundeswehr ist in meinem Landkreis mit zwei Standorten tief verwurzelt in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit. Wir sind nach wie vor dankbar, unseren Beitrag in der NATO leisten zu

können. Wir stehen hinter der NATO als verlässlichem Bündnis für unsere Sicherheit in Europa.

Die NATO unterstreicht momentan ihre Aufgabe. Was ist sie? – Ein Verteidigungsbündnis. Sie ist kein aggressives Bündnis, wie es von Putin falsch dargestellt wird. Es handelt sich um ein Verteidigungsbündnis, das die NATO-Grenzen schützt. Das Signal des US-Präsidenten, 7.000 Soldatinnen und Soldaten in den letzten Wochen nach Europa zu schicken, war richtig. Es ist ebenfalls ein wichtiges Signal, mit der Macht der NATO unsere NATO-Grenzen zu verteidigen. Deshalb muss auch Deutschland ein klares Signal zur Bündnistreue aussenden. Die Aufstockung unserer Truppen im Baltikum um 350 war ein wichtiger erster Schritt, die Verstärkung mit Eurofightern in Rumänien ein wichtiger zweiter Schritt. Wir müssen aber auch unseren Beitrag in der NATO erfüllen. Das sage ich als Vertreter der CSU-Fraktion. Die Erfüllung des 2-%-Ziels haben wir lange gefordert. Das ist unser Beitrag für die Verteidigung und die Sicherheit in der NATO. Das muss eingehalten werden. Das wurde lange blockiert. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Verteidigungsfähigkeit endlich nachhaltig zu verbessern, sowohl in der NATO als auch als zweiten Pfeiler innerhalb der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion muss ein zweiter Pfeiler sein. Deshalb fordern wir auch, das Konzept für eine EU-Eingreiftruppe voranzutreiben.

Selbstverständlich ist die finanzielle Ausstattung wichtig und entscheidend. Das Sondervermögen von über 100 Milliarden Euro, das angekündigt wurde, ist ein richtiges Signal. Das unterstützen wir. Teilweise habe ich den Eindruck, dass wir das stärker unterstützen als so manche Regierungsfraktion in Berlin. Wir sagen auch: Zielgerichtete Investitionen in eine schlagkräftige Bundeswehr müssen auch bei der Truppe ankommen. Diese 100 Milliarden Euro dürfen jetzt nicht verwässert und nicht in anderen Bereichen eingesetzt werden. Sie müssen schnell eingesetzt werden. Deshalb fordern wir ein Sofortprogramm für die Bundeswehr, um die Einsatzbereitschaft vollumfänglich herzustellen. Hierzu liegen konkrete Vorschläge vor: Die Auffüllung der Munitionsbe-

stände, das Vorantreiben von Beschaffungsprojekten wie die Beschaffung von Drohnen, die auch unsere Soldatinnen und Soldaten schützen können, die Weiterentwicklung des Eurofighters und die Stärkung der Helikopter. Aber auch die Landstreitkräfte müssen besser ausgestattet werden. Die Reservisten müssen nicht nur besser eingebunden, sondern auch stärker unterstützt werden. Das kann jedoch nur mit einer Entbürokratisierung und Beschleunigung des Beschaffungswesens funktionieren. Außerdem muss der Zivilschutz auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir als CSU-Fraktion bekennen uns nach wie vor zur Bundeswehr als Parlamentsarmee. Wir sind die Partei der Bundeswehr. Manchmal wurden wir deshalb als Militaristen geschmäht. Jetzt sieht man jedoch, wie wichtig die Bundeswehr ist, um Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten. Ich danke deshalb unseren Soldatinnen und Soldaten, die nicht nur hier, sondern auch im Auslandseinsatz tätig sind und sich für uns sowie unsere Freunde und Partner einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen deshalb auch eine neue Kultur der Wertschätzung etablieren. Wir müssen auch die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie unterstützen. Nur mit eigenen Fähigkeiten sind wir auch in der Lage, uns zu verteidigen, sowohl militärisch als auch ökonomisch und technologisch. Im Hinblick auf die Demokratie und die Freiheits-sicherung ist das ein ganz entscheidender Punkt.

Meine Damen und Herren, einen Punkt möchte ich zum Abschluss noch ansprechen. Heute ist häufig der russische Präsident angesprochen worden. Ich nenne auch das russische Volk. Der Aggressor ist nicht das russische Volk. Der Aggressor ist der russische Präsident. Ich sehe mit großem Respekt den wachsenden Einsatz der Menschen in Russland, die nicht hinter diesem Krieg stehen. Das sind ganz andere Umstände als in Bayern und in Deutschland. Diese Menschen gehen trotz heftiger Repressalien auf die Straße. Sie riskieren Leib und Leben für die Freiheit, auch für unsere Freiheit. Sie erheben die Stimme gegen diese brutale Aggression. Ich danke allen, die das tun.

Ich ermutige alle, das noch stärker zu tun. Ich sage allen: Wir stehen entschlossen an der Seite dieser Menschen, entschlossen an der Seite der Ukraine, stehen entschlossen für Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Meinungsfreiheit. Mit diesem Zusammenhalt werden wir auch die nächsten Tage und Wochen gemeinsam gestalten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Bei der Präsidentin bedanke ich mich für das Wort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Sehr gerne. – Als Nächster erhält der Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns erreichen Bilder aus der Ukraine, wo Kinder Väter umarmen, um sich von ihnen vielleicht für immer zu verabschieden, weil diese in den Krieg ziehen; das treibt einem genauso wie Berichte von Geflüchteten Tränen in die Augen. Sie berichten davon, ihre Männer zurückgelassen zu haben, obwohl sie mit ihnen fliehen wollten, weil sie in Frieden leben und ihre Kinder aufwachsen sehen möchten. Das geht aber wegen der Generalmobilmachung in der Ukraine nicht. Das zeigt uns doch die Schrecken und die Brutalität dieses völkerrechtswidrigen Angriffskriegs durch Putin.

Ich muss sagen: Diese Bilder bewegen mich. Sie bewegen mich auch, weil ich aus einer friedensbewegten Partei komme; das ist kein Geheimnis. Aber ich bin durchaus einer, der das sehr realistisch einschätzt. Ich wurde 1978 geboren. Ich hatte das unglaubliche Privileg, in Europa in Frieden, Freiheit und Demokratie aufwachsen zu dürfen. Aus diesem Privileg erwächst eine Verantwortung: eine Verantwortung, die Menschen in der Ukraine, die für ihre Freiheit und ihre Demokratie kämpfen, zu unterstützen. Wir stehen an ihrer Seite!

(Beifall)

Das heißt für uns, beiden zu helfen: die Menschen, die vor diesem Krieg fliehen, hier aufzunehmen und ihnen zu helfen, aber ebenso den Männern und Frauen zu helfen, die in der Ukraine bleiben, um ihre Freiheit und ihre Demokratie zu verteidigen. Wir wollen beiden helfen. Es darf nicht nur bei Solidaritätsbekundungen bleiben, sondern das bedarf konkreter Unterstützung.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, dazu gehören natürlich die harten Sanktionen, die Gott sei Dank relativ zügig und von der Staatengemeinschaft breit getragen umgesetzt worden sind. Sie alle kennen die aktuellen Debatten aus den Medienberichten der letzten Tage; sie führen uns leider ganz deutlich und ganz aktuell unsere fatale Abhängigkeit von Gas, Öl und Steinkohle aus Russland vor Augen. Wenn wir zögern, die Sanktionen auf den Energiesektor auszuweiten, weil wir zu abhängig von Gas, Öl und Kohle sind, dann handeln wir nicht frei; das gehört zur Ehrlichkeit der Debatte. Damit stehen Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte hinter unserer Energieabhängigkeit zurück. Jeder Kubikmeter Gas und jede Tonne Öl oder Steinkohle, die wir aktuell aus Russland beziehen, finanziert das Morden in Putins Angriffskrieg auf die Menschen in der Ukraine. Das schmerzt, das ist nicht hinnehmbar, und das muss beendet werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns aus diesen Abhängigkeiten befreien, ohne neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das geht nicht von heute auf morgen, aber wir hätten auch schon gestern hier in Bayern anfangen können, diesen Weg hin zu einer unabhängigen, ja zu einer freien Energieversorgung zu gehen. Statt endlich die Windkraft auszubauen, statt endlich die Wärmewende durch ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz für Bayern in Bayern voranzubringen, hat uns die CSU-Politik in eine maximale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern getrieben; das gehört leider zur

Debatte dazu. Kein Bundesland ist so abhängig von russischem Gas und Öl wie Bayern. Das ist das Ergebnis Ihrer Energiepolitik.

Der "Münchner Merkur" hat es gestern in einem Satz gut auf den Punkt gebracht: "Bayern ist energiepolitisch bankrott: Söder sitzt in der Putin-Falle." – Am 5. Januar dieses Jahres forderte Markus Söder noch die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und sagte: "Gaskraftwerke sind die einzige Möglichkeit, um in den nächsten zehn Jahren Preisstabilität bei der Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen."

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Abhängigkeiten schaffen nie Preisstabilität, sondern die Unabhängigkeit in der Energieversorgung ist der Garant für stabile Energiepreise. Ich mag gar nicht länger über das Gewesene reden; dafür ist die Lage viel zu ernst. Es geht nicht nur um die Versäumnisse der letzten Jahre. Man kann auch nicht ändern, was geschehen ist; aber man kann daraus lernen, nicht eine Abhängigkeit durch die nächste zu ersetzen. Unabhängigkeit in der Energieversorgung erreichen wir doch durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien in unserem Land. Uns muss hier und heute im Landtag einen, uns endlich aus der Abhängigkeit von Despoten zu befreien und hier einen anderen Weg zu gehen. Wind und Sonne gehören niemandem. Deshalb muss der Wind- und Sonnenenergie die Zukunft hier in Bayern gehören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, unterstützen Sie das hier in Bayern und in Berlin! Die massiven Anstrengungen der Bundesregierung, uns so schnell wie möglich aus diesen Abhängigkeiten zu befreien, brauchen die Unterstützung aller 16 Bundesländer; Bayern hat da eine besondere Verantwortung. Das ist in unser aller Interesse. Daran sollten wir arbeiten. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine, die mutig und tapfer für ihre Freiheit kämpfen, aber wir sollten auch einen Beitrag leisten, Sanktionen verschärfen zu können. Das geht nur, wenn wir Abhängigkeiten reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, auch meinerseits herzlichen Dank für Ihre bewegenden Worte eingangs. Auch unser Mitgefühl gehört den Menschen in der Ukraine. Wir stehen geschlossen an ihrer Seite. – Kolleginnen und Kollegen, der kaltblütige, schreckliche Krieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Das ist ein menschenverachtender und völkerrechtswidriger Angriff, der die Welt verändert. Dieser Krieg verschiebt aber auch die Akzente in der Energiepolitik, und darauf liegt der Fokus meiner Ausführungen.

Die Angst vor historischen Turbulenzen geht um; es gibt Panik am Energiemarkt. Die Lage dort verschärft sich zusehends und treibt die Preise für Öl, Gas, Treibstoffe und Strom auf immer neue Rekordwerte. Der Krieg führt uns aber auch schmerzlich vor Augen, wie groß die Abhängigkeit Deutschlands von der Energieversorgung aus Russland ist. Erdgas ist für uns der wichtigste Energieträger am Wärmemarkt. Gas ist aber auch die Achillesferse unserer Energieversorgung. Deutschland bezieht davon alleine 55 % aus Russland; in Bayern sind es sogar 90 %. Deshalb gilt es, diese energiepolitische Abhängigkeit entschlossen zu verringern. Wir müssen weg vom Tropf Russlands. Energiepolitik ist jetzt auch Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Wir müssen schnellstmöglich mehr Widerstandsfähigkeit erreichen, zum Beispiel durch eine souveräne Energieversorgung. Hierzu braucht es kurzfristige Alternativen, zum Beispiel durch Gas aus Norwegen oder den Niederlanden. Der Bundeskanzler setzt trotz aller klimaschädlichen Fragezeichen auf Flüssiggas. Er setzt auf den Ausbau entsprechender Infrastruktur, den zügigen Bau von LNG-Terminals in Wilhelmshaven oder Brunsbüttel.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus gilt es aber auch, alle politischen Optionen ohne Denkverbote vorurteilsfrei jetzt auf den Prüfstand zu stellen. Der Krieg in der Uk-

raine hat deshalb auch die Debatte um die Atomkraft wieder zum Leben erweckt. Ich betone dazu ausdrücklich: Die FREIEN WÄHLER sind keine Befürworter der Kernkraft, aber angesichts der aktuellen Unsicherheit muss auch der Atomausstieg noch einmal hinterfragt werden. Laufzeitverlängerungen dürfen kein Tabu sein. Eine vorübergehende Weiternutzung der Kernkraft in Notsituationen ist durchaus denkbar. Auch die Stromerzeugung durch fossile Kohle muss diversifiziert werden. Die Aussetzung geplanter Stilllegungen und die Ertüchtigung kürzlich stillgelegter Kohlekraftwerke müssen ebenso untersucht werden.

Meine Damen und Herren, das sind situationsbedingte Vorschläge, kurzfristig die Abhängigkeiten zu reduzieren, die explodierenden Energiekosten einzudämmen, aber auch final den Turbo für die Kernaufgabe schlechthin zu zünden, nämlich die dezentrale Maßnahme mit absoluter Priorität für uns – hier wiederhole ich meinen Appell zur Energiewende –: der massive und schnellstmögliche Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie sind der Schlüssel für Versorgungssicherheit, Stabilität und Klimaschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiewende muss vom Bund mit einem verfassungsgerechten und von unserem Wirtschaftsminister geforderten 100-Milliarden-Euro-Sonderinvestitionsprogramm durchgesetzt und mit beschleunigten Sondergenehmigungsverfahren gekoppelt werden. Das ist dringend notwendig für den fundamentalen Umbau unserer Energieerzeugung zugunsten dezentraler Strukturen und regionaler Wertschöpfung. Mit Solarenergie, Biomasse und Geothermie stehen wir zu einem technologieoffenen und komplementären Energiemix bis hin zur Schlüsseltechnologie Wasserstoff und dessen Speichermöglichkeiten. Auch bei der Windkraft müssen wir endlich den Knoten durchschlagen. Wir brauchen eine Evaluierung der 10-H-Regel, von Wind in Wäldern, in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten und des Repowering. Je stärker sich Deutschland auf eigene Energiequellen stützt, desto souveräner kann unser Land außenpolitisch reagieren.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Ukraine-Krise wird sich die Spirale der Energiepreise zunächst weiterdrehen. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung jetzt umgehend mit Sofortmaßnahmen zur Abfederung die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsunternehmen und die soziale Sicherheit für private Verbraucher gewährleistet. Neben der beschlossenen Abschaffung der EEG-Umlage fordern wir unverzüglich die Senkung der Stromsteuer auf ein europäisches Mindestmaß, die Senkung der Energiesteuer, die Senkung der Mehrwertsteuer für Strom, Gas, Kraftstoffe und Fernwärme, die Einführung eines einheitlichen europäischen Industriestrompreises und die Erhöhung der Pendlerpauschale. Des Weiteren hat unser Wirtschaftsminister noch versucht, einen staatlichen Energiepreisdeckel einzuziehen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Resilienz der bayerischen Wirtschaft stärkt, Unternehmen und private Verbraucher entlastet, Energiepreis- und Versorgungssicherheit gewährleistet, die Unabhängigkeit zu Russland herstellt und für einen sozialen Frieden sorgen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben gerade dunkle Stunden für Europa, ja für die ganze Welt. Wladimir Putin hat die Ukraine überfallen und zwingt ihr einen mörderischen Krieg auf. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen tapfer ihr Land, aber viele Menschen, auch kleine Kinder, sterben. Gestern hat Russland sogar eine Geburtsklinik in Mariupol bombardiert. Millionen Menschen sind auf der Flucht; viele sind auch in Bayern angekommen. Deshalb ist es wichtig zu sagen: Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, die für ihre Freiheit und für ihre Demokratie kämpfen!

(Beifall)

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz und die ganze Bundesregierung tun alles, um die Ukraine zu unterstützen. Wir haben gegen Russland harte wirtschaftliche Sanktionen verhängt. Wir koordinieren uns international, um Russland zu isolieren, aber auch, um gemeinsam diplomatische Lösungen zu finden. Ja, wir liefern auch Waffen, damit sich die Ukraine selbst verteidigen kann. Wahr ist aber auch: Wir können als NATO nicht direkt in den Krieg eingreifen, weil die Folgen für die ganze Welt unabsehbar wären.

Meine Damen und Herren, über 45.000 Menschen haben sich am Aschermittwoch in München auf Einladung der SPD versammelt, um parteiübergreifend gegen diesen verbrecherischen Angriffskrieg Putins zu demonstrieren. Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal für dieses gemeinsame Zeichen für eine freie Ukraine danken.

(Beifall bei der SPD)

Der Krieg Putins ist eindeutig völkerrechtswidrig. Er verstößt gegen Artikel 2 der UN-Charta, die aus der Asche des Zweiten Weltkriegs entstanden ist. Er verstößt gegen das Gewaltverbot und das Verbot von Angriffskriegen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Aggression Russlands am 2. März klar verurteilt. Am 4. März hat der UN-Menschenrechtsrat eine unabhängige Kommission eingerichtet, auch um Beweise für spätere Gerichtsverfahren zu sammeln.

Ich sage es ganz deutlich: Wladimir Putin ist ein Kriegstreiber und Kriegsverbrecher! Er muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden! Ich weiß, dass Russland keine Vertragspartei des Internationalen Strafgerichtshofs ist. Die Verbrechen, die jetzt begangen werden, müssen trotzdem aufgearbeitet werden. Die Welt muss zeigen, dass man nicht einfach ungestraft seine Nachbarn, friedliche Menschen, überfallen und ermorden darf. Ich bin deshalb dafür, dass wir analog zu Jugoslawien und Ruanda auch für den Ukraine-Krieg ein UN-Kriegsverbrechertribunal einrichten.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir liefern Waffen und unterstützen unsere Freundinnen und Freunde in der Ukraine, die ihr Land und auch unsere Freiheit verteidigen. Wir investieren jetzt massiv in die Bundeswehr, und wir helfen natürlich Menschen in der Not, zum Beispiel Müttern mit ihren kleinen Kindern, die nach stundenlanger Fahrt auf eine Unterkunft warten, Frauen, die aus zerbombten und zerschossenen Dörfern und Städten kommen und die nicht wissen, ob sie ihre Männer wiedersehen, die zu Hause ihr Land verteidigen müssen. Das zerreißt einem das Herz. Ich bin aber auch unglaublich dankbar dafür, dass wir hier in Deutschland und Bayern so viel Herz zeigen und die Menschen mit offenen Armen aufnehmen. Ich sehe überall eine unglaubliche Hilfsbereitschaft. Wir helfen, und wir werden alles organisieren, was notwendig ist: Unterkunft, Schule, Kindergarten und Krankenversorgung. Dafür danke ich den vielen hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch unserer Verwaltung, die schnell und unbürokratisch handelt.

Gleichzeitig – auch das gehört zur Wahrheit – ist Bayern von russischem Gas besonders abhängig und finanziert damit natürlich auch den Krieg. Bayern sitzt wie kein anderes Bundesland in Putins Gasfalle, das schreibt der "Münchner Merkur". Wir bezahlen jetzt auch die Zeche für energiepolitische Fehler und ideologische Blockaden. Statt zurück zur Atomkraft zu gehen, sollten die Regierungsparteien endlich in die Zukunft schauen. Investieren Sie massiv in erneuerbare Energien, und schaffen Sie endlich den Windkraft-Stopp 10 H ab!

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Worte, die hier von ganz rechts außen gekommen sind, muss ich schon noch einmal etwas sagen; denn diese Art von Geschichtsklitterung kann man nicht unwidersprochen hier stehen lassen: Leider ist es eine Tatsache, die Sie auch gar nicht ableugnen können, dass die AfD in Deutschland Putins Geschäft betreibt.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Das zeigt Ihre rege Reisetätigkeit nach Russland. Die AfD-Schleimspur in den Kreml, sie zeigt Ihre Putin-Nähe, die darin gipfelt, dass AfD-Politiker Zweifel an Russlands Schuld am Giftanschlag auf Alexei Nawalny gesät haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Herr Lindemann, der für die AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin sitzt, war für Putin auf Propagandareise im Donbass und auf der Krim. Er hat vor Kurzem noch geäußert, ich zitiere, die Kriegstreiber seien auf jeden Fall die NATO, die USA und vor allem teilweise auch der ukrainische Staat. – Das sagt doch alles! Sie waren und Sie sind die fünfte Kolonne Moskaus in Deutschland!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist um.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dieser Krieg wird schnell beendet. Ich hoffe, dass wir eine diplomatische Lösung finden. Ich hoffe, dass der mutige Präsident Selenskyj die freie Ukraine zurück in den Frieden führt. Ich hoffe, dass die Freiheit triumphiert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Gäste auf der Besuchertribüne, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist unerträglich, was die Menschen in der Ukraine zurzeit erleben, und es ist auch unerträglich, was die Geflüchteten erleben. Was mich völlig fassungslos gemacht hat, war mein Besuch gestern am Münchener Hauptbahnhof. Mit dabei waren auch Kollegen aus anderen Fraktionen. Dort herrschten menschenunwürdige Verhältnisse. Dort haben Menschen in der Nacht in den kalten Hallen auf dem Boden geschlafen. In einem Abbruchgebäude gab es ein

überfülltes Bettenlager. Dort hat es unerträglich gestunken; es gab keine Toiletten. Aus einer ehemaligen Toilette roch es entsprechend heraus.

Für die Menschen, die in dieser stinkenden Halle auf engem Raum geschlafen haben, gab es übrigens auch keine Corona-Tests. Ich frage mich, wie das zu verantworten ist. Sonst wird so viel gegen die Ausbreitung von Corona unternommen; aber diese Menschen werden überhaupt nicht geschützt. Es gab keinen Strom, kein Licht und kein Wasser. Sanitäre Anlagen waren höchstens mit einem Jeton oder ganz schlecht zu erreichen. Die vielen Mütter, die ankamen, mussten Formulare ausfüllen. Sie konnten nicht mehr auf ihre Kinder aufpassen. Es gab keine medizinische Versorgung und keine Unterstützung zur Traumabewältigung. Sie müssen sich überlegen, was viele dieser Menschen auf der Flucht und vor allem davor erlebt haben. Sie haben Leid und Tod gesehen. Auch Kinder haben das erlebt. Von ihnen sind sicherlich sehr viele traumatisiert.

Eines konnte ich überhaupt nicht verstehen: Von den Helfern habe ich erfahren, dass in den ersten Tagen Geflüchtete an Leute vermittelt wurden, die dort standen. Es war aber noch kein Offizieller von der Stadt dort. Diese Geflüchteten sind dann von Menschen in Privathaushalte mitgenommen worden. Das werden sicherlich zu 99,9 % wahnsinnig nette und hilfsbereite Menschen sein. Das ist auch gut so. Aber kein Mensch hat die Daten derer erfasst, die die angekommenen Flüchtlinge mitgenommen haben. Es gibt aber auch Menschenhändler in unserem Land; die sind auch eine Realität. Wen suchen die sich als Opfer? – Oftmals alleinreisende Frauen und Kinder, die hilflos in dieses Land gekommen sind, ihre Männer verlassen mussten und teilweise Probleme mit der Handyverbindung hatten. Für eine gute Handyanbindung war ebenfalls nicht gesorgt worden. Für diese Probleme gab es kein Bewusstsein.

Nachdem die Presse zahlreich vor Ort war, kam zum Glück mittags der Oberbürgermeister. Ich habe der Stadt Versagen vorgeworfen. Der Oberbürgermeister hat das eingeräumt und Besserung gelobt. Aber über das Thema Menschenhandel musste ich mehrmals mit ihm sprechen. Er hat die Meinung vertreten, dass die Registrierung der

Menschen nicht wichtig sei, sondern dass wichtig sei, dass die Geflüchteten untergebracht würden. Aber für die möglichen Gefahren in unserem Land gab es kein Bewusstsein. Es fehlte an Bewusstsein, und es fehlte an Management. Der einzige große Lichtblick, den es gab, waren die unglaublich engagierten Helfer.

Ich fand es ganz toll – ich muss dafür ganz herzlich danken –, dass neben deutschen Helfern auch ukrainische und sogar russische Helfer bereitstanden. Die russischen Helfer haben Hand in Hand mit den ukrainischen und deutschen Helfern zusammengearbeitet. Sie haben alles für die ankommenden Flüchtlinge getan. Sie haben ein wahnsinniges Durchhaltevermögen und ein wahnsinniges Engagement gezeigt. Das Engagement war einfach unglaublich. Wir haben eine Riesenkrise zu bewältigen!

Ich habe mich gestern wie in einem Dritte-Welt-Land gefühlt. Ich habe mich in meinem Leben noch nie so für meine Stadt, für mein Bundesland und für dieses Land geschämt wie gestern am Münchner Hauptbahnhof. Wir können doch auf Erfahrungen aus der Flüchtlingskrise von 2015 zurückblicken. Es gibt Zelte, das Messegelände usw. Die Situation gestern am Hauptbahnhof ist ein Versagen der Stadt. Ich bleibe dabei.

Aber auch als Land sind wir unbedingt auf den Plan gerufen. Das UNHCR geht von 2 Millionen geflüchteten Menschen aus. Bayern rechnet bereits mit 50.000 Geflüchteten. Die Staatsregierung ist gefordert, in diesem Fall zu managen und einen Krisenstab einzurichten. Die Staatsregierung muss die Geflüchteten auf die Kommunen verteilen, deren Transport organisieren sowie Verpflegung und Notunterkünfte bereitstellen. Vor allen Dingen muss die Staatsregierung für eine Registrierung der Menschen sorgen, die das wollen. Natürlich muss sie gerade für Frauen Ansprechpartner bereitstellen. Sie sollen wissen, an wen sie sich wenden können, wenn es Probleme auch in der privaten Unterkunft gibt und wo sie anrufen und Hilfe suchen können. Auch eine psychosoziale Versorgung, eine Gesundheitsversorgung, Kitas und Schulen sind notwendig. Wir werden heute Nachmittag noch darüber sprechen. Auch

über das Thema Energie, ein Riesenthema, werden wir heute Nachmittag noch sprechen. Gott sei Dank gibt es eine Wende in der Außen- und Verteidigungspolitik.

Noch ein Wort an die AfD: Von Ihnen hätte ich heute erst einmal eine Entschuldigung für Ihre vergangene Russlandpolitik erwartet.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste aus der Ukraine! Auch ich möchte mich ganz herzlich bei unserer Landtagspräsidentin für die bewegende Rede zu Beginn der Plenarsitzung bedanken, in welcher sie mit großer Empathie das Mitgefühl mit unseren ukrainischen Freunden ausgedrückt hat.

(Beifall bei der CSU)

Kaum einer hat sich vorstellen können, was in diesen Tagen geschehen wird. Wir stehen wieder an den Bahnhöfen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist sehr groß. Sie tut momentan alles, um den ukrainischen Freunden zu helfen und deren Ankommen so gut wie möglich zu gestalten. Großer Dank gebührt unserer Bevölkerung in Bayern und in ganz Deutschland. Was momentan geleistet wird, ist phänomenal: Herzlichen Dank an unsere Bevölkerung! Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CSU)

Die Vereinten Nationen sprechen von der am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Zahl der Flüchtenden wird inzwischen auf über 2 Millionen geschätzt, was eine unglaublich hohe Zahl ist. In Deutschland sind inzwischen bereits 80.000 Menschen angekommen. In Bayern bewegt sich die Zahl zwischen 24.000 und 30.000. Das ist im Vergleich zu den Nachbarländern noch sehr, sehr

wenig. Großer Dank gilt den Nachbarländern. In Polen sind momentan 1 Million Geflüchtete – soweit ich gehört habe. Auch Polen gilt großer Dank. In diesem Zusammenhang möchte ich auch unserer Europaministerin Melanie Huml einen großen Dank aussprechen, die sich sofort mit den entsprechenden Stellen in Verbindung gesetzt hat, um den Staaten zu helfen, die schwere Flüchtlingskrise zu meistern. Liebe Melanie, herzlichen Dank, du hast einen großen Applaus verdient.

(Beifall bei der CSU)

Die genauen Zahlen der Flüchtlinge vorherzusagen ist sehr schwierig. Wir gehen momentan von etwa 100.000 Flüchtlingen aus, die Bayern erreichen werden. Aber schlussendlich kann es jetzt keiner genau sagen.

Ich darf mich bei unseren Landkreisen, den Kommunen und beim Innenministerium bedanken. Ich kann aus meinem Landkreis berichten, der sofort einen Koordinierungstab eingerichtet hat. Dieser war am Wochenende 24 Stunden im Einsatz. Die Beamten vor Ort haben die ankommenden Flüchtlinge sofort in die Unterkünfte gebracht. Hieran sieht man, dass nicht nur die Bevölkerung große Hilfsbereitschaft zeigt, sondern dass auch unsere bayerischen Beamten und unsere Verwaltung momentan weit über die Maßen damit beschäftigt sind, unsere ukrainischen Freunde so gut wie möglich unterzubringen. Ich sage herzlichen Dank an alle, die daran beteiligt sind.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Hotel- und Gaststättenverband, die Wohlfahrtspflege, das BRK und das THW sind beteiligt. Der Hotel- und Gaststättenverband hat sofort Hotelzimmer zur Verfügung gestellt. Inzwischen wurden an das Innenministerium 3.200 private Unterkünfte gemeldet. Daran sieht man die große Hilfsbereitschaft.

Innerhalb der EU wurde eine historische Entscheidung gefällt: Die Justiz- und Innenminister haben beschlossen, die Massenzustrom-Richtlinie zu aktivieren. Damit ist in Deutschland § 24 des Aufenthaltsgesetzes anwendbar. Somit muss kein langwieriges

Asylverfahren durchlaufen werden. Die Anwendung des Paragraphen ist mit einer sofortigen Arbeitserlaubnis verbunden. Zudem gibt es Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ich hatte bereits Kontakt zu ukrainischen Flüchtlingen, und deren erste Frage war: Wo kann ich unterkommen? Die zweite Frage war: Wo kann ich zu arbeiten beginnen? – Man sieht also, dass die ankommenden Mütter mit Kindern trotz ihrer großen momentanen Not sofort daran denken, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Diesen Menschen gebührt großer Respekt.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich hätte auch einige Bitten an die Ampel-Regierung. Ich habe gestern die Innenministerin Nancy Faeser gehört, die sich sicherlich ganz großartig bemüht, aber der Meinung ist, dass wir innerhalb Deutschlands keinen Verteilungsschlüssel wie den Königsteiner Schlüssel brauchen. Ich bitte Sie, dass Sie hierauf einwirken. Um bestmöglich helfen zu können, müssen wir die Verteilung auf die Bundesländer regeln. Nancy Faeser will vorerst keinen Verteilungsschlüssel. Ich denke aber, sie sollte den Verteilungsschlüssel schnellstmöglich einführen. Um den Ukrainern bestmöglich zu helfen, müssen wir diese gut über das Land verteilen. Zudem fordere ich die Bundesregierung auf, europaweit eine Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge zu erwirken, auch wenn große europäische Solidarität besteht. Wir müssen die Akzeptanz in Deutschland nicht nur für etwa fünf Wochen aufrechterhalten, sondern für eine lange Zeit. Um die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 zu meistern, musste ganz Europa zusammenhelfen. Das hat jeder gesehen, der involviert war. Das ist sehr wichtig, um möglichst effektiv zu helfen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile der Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE stehen natürlich auf der Seite der ukrainischen Bevölkerung. In diesem Sinne

an unsere Gäste auf der Tribüne: Herzlich willkommen! Es steht außer Frage, dass wir auch als Bayern auf der Seite der Geflüchteten aus der Ukraine stehen. Es steht außer Frage, dass die Menschen, die zu uns kommen oder sich in den angrenzenden Ländern befinden, unsere Unterstützung bekommen, und diejenigen, die nach Bayern kommen, herzlich willkommen sind.

Ich danke der Präsidentin für ihre einleitenden empathischen Worte. Die Präsidentin hat aber auch noch gesagt, unsere Willkommenskultur dürfe nicht symbolisch bleiben. Kolleginnen und Kollegen, damit sie nicht symbolisch bleibt, brauchen wir Nachbesserungen.

Kollegin Sandt, natürlich war die Situation in München gestern keine besondere. Das ist noch gelinde ausgedrückt. Es gibt keine Ankommensstruktur. Es gibt keine vernünftige Erstversorgung. Laut Caritas kommen mittlerweile über eintausend Menschen täglich. Das Allererste, was beim Ankommen stattfinden muss, ist eine menschenwürdige Erstversorgung. Man kann die Verantwortung dafür nicht nur auf eine Kommune übertragen. Ich muss aber sagen, dass der Münchner Oberbürgermeister sehr einsichtig war. Nach unserem Besuch kam er sofort mit dem Krisenstab zum Hauptbahnhof und hat den Katastrophenfall ausgerufen. Die Feuerwehr hat jetzt die Führung und die Verantwortung übernommen.

München ist ein Drehkreuz. Hier kommen alle Geflüchteten an. Einige wollen weiterreisen, einige wollen aber auch in Bayern bleiben. Ich frage mich: Wo bitte schön ist die Staatsregierung? War Innenminister Herrmann einmal an diesem Hauptbahnhof und hat gefragt: Wie können wir unterstützen? – Das, was gerade stattfindet, verdient den Namen "Krisenmanagement" nicht.

Kollege Mehring, ich habe Ihre Info an die dpa auch gelesen. Richtig, da müssen Sie draufhauen. Ich habe aber kein Wort davon gelesen, dass Sie Mitglied einer Regierungsfraktion sind und Dinge verbessern können. Sie sollen die Staatsregierung zur Verantwortung rufen.

(Zuruf)

Das Land Niedersachsen hat

(Zurufe)

Hannover zum Ankommzentrum gemacht. Niedersachsen hat als Land die Verantwortung übernommen. Es sind Busse da, die die Menschen in die Unterkünfte transportieren. Es wird für Registrierung gesorgt. Es wird dafür gesorgt, dass private Gastgeberinnen und Gastgeber kontrolliert werden.

Wir haben im Moment eine Situation – wir werden das bei unseren Dringlichkeitsanträgen noch ausführlich besprechen –, in der nicht einmal die Erstversorgung funktioniert. Die Staatsregierung sollte sich dafür schämen, anstatt sich hier zu loben.

(Zurufe)

Das muss verbessert werden.

(Zurufe)

Wir haben in München ein Ankunftscenter, das schon vor der Ankunft der ukrainischen Geflüchteten nicht in der Lage war, Menschen zu registrieren, weil das Personal fehlt. Jetzt haben wir aber diesen Sonderfall, in dem wir den Menschen so schnell wie möglich helfen wollen.

Ich habe wirklich körperlichen Schmerz empfunden. Wahrscheinlich liegt das auch daran, dass ich durch meinen kurdischen Hintergrund eigene Vertreibungserfahrungen in meiner Familie habe. Ich habe Schmerz darüber empfunden, dass Menschen, die ankommen, auf Feldbetten und in einem Raum schlafen müssen, in dem der Sauerstoffgehalt wahrscheinlich bei 5 % liegt. Das ist keine menschenwürdige Erstversorgung. Das geht auch an die Staatsregierung.

(Zuruf)

Bitte gründen Sie ein Krisenmanagement, das den Namen verdient.

Ein anderes: Sie schicken die Leute in Privatunterkünfte. Die Bereitschaft ist riesig. Das ist super, das ist toll. Wir brauchen die Unterstützung aus der Bevölkerung. Kolleginnen und Kollegen, diese Bereitschaft muss aber nachhaltig unterstützt werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Bin ich schon fertig?

Präsidentin Ilse Aigner: Ja.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sorry. – Wir nehmen Menschen auf, und die Leute, –

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt später noch eine Debatte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): – die diese Gastfreundlichkeit zeigen, brauchen Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen, liebe Gäste aus der Ukraine! Auch ich darf und möchte mich den wohlwollenden Worten unserer Präsidentin und natürlich den Taten, die daraus folgen sollen, ganz besonders anschließen.

Ganz kurz zu meiner Vorrednerin: Es ist natürlich schon beachtlich. Wir sind in der Landeshauptstadt München; aber überall – in sämtlichen kleineren Kommunen, kleineren Städten, anderen Bezirken – funktioniert es besser als in München.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da sollte man sich schon mal Gedanken machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Mittlerweile ist für uns alles neu. Alles ist seit Kriegsbeginn, seit 14 Tagen anders. Für uns war bisher immer alles selbstverständlich. Es war selbstverständlich, dass man immer alles bekommen hat und immer überall alles verfügbar war. Es war alles bezahlbar. Das war aber gestern.

Jetzt, heute ist es anders. Es wird ein Morgen kommen. Da wird es ganz anders sein. Mein Kollege Rainer Ludwig hat den Fokus auf die Energie gelegt. Ich möchte den Fokus auf die Lebensmittelsicherheit legen. Ich glaube, Lebensmittel sind das Wichtigste, was man braucht. Alle anderen Themen sind auch wichtig, und wir wissen, dass es Synergieeffekte gibt, Lebensmittel sind für mich aber das Allerwichtigste.

Die Landwirtschaft hat den Auftrag, die Bevölkerung in Deutschland und in Bayern mit guten, gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Sie hat das hervorragend gemacht. Tatsächlich sind wir, die wir hier alle sitzen, seit Menschengedenken vielleicht die erste oder zweite Generation, die bis jetzt keinen Hunger gekannt hat, weil ja immer alles verfügbar war. Wenn wir Hunger gehabt haben, dann nur deshalb, weil wir heikel waren und vielleicht etwas nicht gemocht haben. Das ist jetzt aber anders.

Die Landwirtschaft denkt normalerweise in Generationen oder zumindest in Jahreszeiten. Man hat ja bei Winter- und Sommerkulturen einige Monate Vorlauf. Die Landwirtschaft ist einfach von den Jahreszeiten abhängig. Mir ist deshalb wichtig, dass die Versorgung der Landwirtschaft mit den Gütern, die sie unbedingt braucht, sichergestellt wird und die Politik alles Mögliche dafür tut.

Wir haben Probleme. Wir haben Probleme bei der Düngerversorgung. Viel Dünger kommt aus dem Osten, aus Russland. Ich befürchte, wir haben demnächst Probleme bei der Treibstoffversorgung. Wir haben auch schon Probleme bei der Saatgutversorgung; mir ist in der letzten Zeit berichtet worden, dass nicht mehr immer alles verfügbar ist.

Bis jetzt war bei den Preissteigerungen, die wir in der letzten Zeit gehabt haben, die Frage: Was kostet es? – Diese Frage ist aber auch von gestern. Heute ist die Frage: Was bekomme ich? Bekomme ich überhaupt irgendwann irgendwas?

Ohne Dünger kein Wachstum. Wir können darüber bei anderer Gelegenheit gerne einmal diskutieren. Auch Bio ist Wachstum, Bio bringt aber, wie wir wissen, auch nur die Hälfte der Erträge. Dünger ist für mich Nahrung für die Pflanzen. Uns ist auch klar, wie es uns Menschen, auch uns Politikern hier, ohne Nahrung gehen würde.

Die heimische Landwirtschaft wäre in der Lage, unsere Bevölkerung zu versorgen. Wir leisten uns jetzt aber den Luxus – auch mit Unterstützung der EU und von Frans Timmermans –, beste Flächen, um die wir weltweit beneidet werden, aus der Produktion zu nehmen, weil wir bisher alles im Überfluss gehabt haben.

Wir haben in der Schule gelernt: Die Ukraine ist die Kornkammer Europas. Dort gibt es beste Voraussetzungen. Auch Russland hat seine Erträge in der Vergangenheit unwahrscheinlich gesteigert. Diese beiden Länder haben miteinander 30 % der weltweiten Weizenerzeugung und 12 % der Kalorienversorgung weltweit gesichert. Man muss sich mal vorstellen, was da jetzt auf uns zukommt. Jetzt könnten wir natürlich sagen, wir haben unser Getreide; aber wir müssen die Ernährung auch weltweit im Blick haben, besonders in Nordafrika, Asien oder wohin auch immer diese Länder geliefert haben. Wenn diese Lieferungen nicht mehr eintreffen, werden wir noch mehr Probleme bekommen, als wir jetzt ohnehin schon haben. Deswegen müssen wir aus meiner und aus unserer Sicht Projekte wie den Green Deal und Luxus-Flächenstilllegungen überdenken, weil diese nicht mehr zeitgemäß sind.

Es gibt verschiedene Formen eines Dreisatzes. Mein letzter Dreisatz zu diesem Thema lautet: Erst wenn der letzte Bauer die Tierhaltung aufgegeben hat, erst wenn der letzte Acker in ein Biotop und FFH-Gebiet verwandelt worden ist, erst wenn der letzte Hof

(Zuruf)

seine Tore für immer geschlossen hat, werden viele Idealisten feststellen, dass Ideologie nicht satt macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Alex König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Krieg ist Mist. Darüber sind wir uns einig. Ich sage es noch drastischer, was sonst nicht meine Art ist: Krieg ist Scheiße. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Deshalb muss alles getan werden, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Die Frage ist nur, wie dies geschehen kann. Interessant ist, welche Vorschläge man dazu bei uns im Land hört. Natürlich sind Sanktionen gegen den Aggressor Putin, der hier tätig geworden ist, zunächst einmal richtig. Aber ich teile nicht die Meinung, dass das tägliche Drehen an der Sanktionsspirale den Aggressor dazu bringen wird, den Krieg einzustellen. Ich teile auch nicht die Meinung, dass das Abdrehen des Gashahns einen Aggressor Putin dazu bringen wird, den Krieg einzustellen. Auch teile ich die Meinung nicht, dass die Inaussichtstellung der NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine einen Aggressor Putin dazu bringen wird, den Krieg einzustellen. Auch teile ich die Meinung nicht, dass die Inaussichtstellung von Aufnahmeverhandlungen für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine, Moldawiens und Georgiens den Aggressor Putin dazu bewegen wird, den Krieg einzustellen.

Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie zielführend diese Ideen sind. Ich glaube, im Moment sind diese Ideen eher schädlich. Das heißt nicht, dass ein Teil der Ideen nicht langfristig zum Tragen kommen kann oder soll, aber zu glauben, mit diesen Ideen momentan etwas bewirken zu können, halte ich für falsch. Mit solchen Ideen ist Herr Hartmann nicht allein, sondern es gibt auch Vertreter der Unionsfraktionen, die solche Ideen in den Raum stellen. Ich will ihnen aus meiner persönlichen

Sicht jedoch ausdrücklich widersprechen; denn auch wenn Putin der Aggressor ist, ist er derjenige, der den Krieg beenden oder nicht beenden kann.

Deswegen kann man meiner Überzeugung nach am Ende nur eines tun: Man muss versuchen, miteinander auf Augenhöhe zu sprechen und zu verhandeln. Nur durch Verhandlungen und diplomatische Bemühungen wird es am Ende gelingen, den Aggressor, der dies letztlich in der Hand hat, dazu zu bewegen, einen Krieg zu beenden. Wir sind es den unzähligen Menschen, die durch diesen Krieg leidgeprüft sind, schuldig, alles zu tun, um diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Dafür sind Verhandlungen und Gespräche nötig.

Das heutige Thema lautet aber anders. Die Frage ist, welche Konsequenzen dieser Krieg für Deutschland und Bayern hat. Ich glaube, wir sollten den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ehrlich sein und feststellen: Der Krieg hat Konsequenzen. Die Vorstellung, die hier zum Teil auch von der Politik verbreitet wird, dass wir am Ende nicht betroffen seien, dies alles locker hinbekämen und alle Folgen für die Wirtschaft und die Bürger ausgleichen könnten, ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ehrlich in den Spiegel blicken, eine Illusion und nicht die Wahrheit. Dieser Krieg hat auch erhebliche Auswirkungen auf alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Er zerstört zunächst einmal die Friedensordnung in Europa. Dieser Krieg ist auch eine große humanitäre Herausforderung für uns. Dies ist ebenfalls eine Konsequenz. Ich weise Ihren unanständigen Versuch, Frau Demirel, hier die Staatsregierung im Allgemeinen und den Innenminister zu beschimpfen, ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung und der Innenminister betreiben keine Symbolpolitik, sondern arbeiten hart an der Lösung der humanitären Krise und daran, den Menschen praktisch zu helfen. Ich danke allen, die daran beteiligt sind, namentlich der Staatsregierung und

unserem Innenminister. Ich weiß aus den Kabinettsvorlagen, die ich lese, dass hier größtmögliche Anstrengungen unternommen werden. Es ist nicht anständig, Frau Demirel, dies in Frage zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Die weiteren Herausforderungen sind vor allem auch wirtschaftlicher Natur. Wir sind abhängig von den Energie- und Rohstofflieferungen. Wenn sich der Nickelpreis in den letzten Tagen fast verdoppelt hat, wenn wir wissen, dass 50 % des Gases, auf das unsere Wirtschaft, aber auch viele Haushalte unserer Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind, aus Russland kommt, dann sind wir abhängig, ob uns dies gefällt oder nicht, und zwar noch für längere Zeit. Es wird nicht von heute auf morgen gelingen, diese Lieferungen zu substituieren. Selbst wenn es gelingen sollte, bitte ich Sie, in den Spiegel zu blicken und festzustellen, dass das viel mehr Geld als zuvor kosten wird. Auch dies hat also erhebliche Auswirkungen. Das LNG-Gas, über das zurzeit überall geredet wird, wird bestimmt doppelt so viel kosten, wie das Gas derzeit kostet. Auch dies hat natürlich Konsequenzen für die Arbeitsplätze, die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Es ist richtig – hier stimme ich Herrn Kollegen Kraus zu –: Alles muss auf den Prüfstand gestellt werden. Alles, was politisch in der jüngeren Zeit angeleiert wurde, muss dahin gehend neu gedacht und überprüft werden, ob es den neuen Herausforderungen –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Alexander König (CSU): – noch gerecht wird.

Am Ende, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, helfen uns nur Verhandlungen und diplomatische Lösungen aus dieser Krise. Für diese plädiere ich hier. Ich plädiere dagegen, die Spirale weiter anzuziehen und zu glauben, man könne einen Krieg gewinnen. Einen Krieg kann man nicht gewinnen, man muss ihn beenden! –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Alexander König (CSU): – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung. – Als Nächste hat Frau Kollegin Anne Franke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Für mich und wahrscheinlich für uns alle ist es unerträglich, täglich diese schrecklichen Nachrichten aus den Kriegsgebieten zu hören, über Menschen, die ohne Wasser, Strom und Nahrung tagelang in kalten Kellern ausharren müssen. Es ist unerträglich zu hören, dass fliehende Menschen Bombardierungen ausgesetzt sind. Ja, es ist unerträglich zu wissen, dass das Leid und der Tod Tausender Menschen von diesem einen russischen Aggressor Putin ausgehen. Wir alle stellen uns die Frage, was wir tun können, damit dieser Aggressor endlich seinen brutalen Angriffskrieg stoppt. Was können wir in Bayern tun? – Klar ist: Wir verurteilen den Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine auf das Schärfste. Wir sind Zeugen eines eklatanten Bruchs des Völkerrechts mitten in Europa. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts auf Selbstverteidigung, Freiheit und Selbstbestimmung. Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf die Fundamente des internationalen Rechts, Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa. Er attackiert die internationale Sicherheitsordnung und die europäische Friedensordnung. Darauf braucht es eine europa- und weltweite Antwort.

Wir stehen hier im Bayerischen Landtag in voller Solidarität zur Ukraine zusammen. Wir fordern Putin auf, diese militärische Invasion sofort zu stoppen und die Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Um Putins brutalen Angriffskrieg endlich zu stoppen, müssen weitere harte Sanktionen rasch umgesetzt werden. Die Finanzierung dieses brutalen Angriffskriegs muss endlich beendet werden. Um dies zu erreichen, erklären sich zwei Drittel der deutschen Bevölkerung bereit – ich habe das auf Veranstaltungen

immer wieder erfahren; hierzu gab es bei meinen Reden unheimlich viel Zustimmung –, Energie einzusparen. Die Menschen sind bereit, selbst freiwillig die Heizung niedriger einzustellen, weniger Auto zu fahren und vieles mehr. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns so viel Energie wie irgend möglich sparen. Lassen Sie uns endlich Energie effizienter einsetzen. Lassen Sie uns so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umstellen, gerade hier in Bayern, wo wir so stark von russischem Gas abhängig sind.

Damit wir, wo immer möglich, Gas durch grünen Wasserstoff ersetzen können, muss Bayern auch endlich mehr Windstrom erzeugen. Dafür muss – das sage ich jetzt an Herrn Söder und die CSU gerichtet – doch zumindest aus Solidarität mit der Ukraine endlich die 10-H-Regelung fallen, damit wir hier schnellstens vorankommen, vielleicht mit Tesla-Geschwindigkeit, wie unser Wirtschaftsminister sagt.

Wir müssen jetzt kreativ sein. Es gibt viele Vorschläge, um die Abhängigkeit von Putins Gas und Öl zu beenden. Da darf es jetzt keine Denkverbote geben;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn wenn Kiew erst in Schutt und Asche liegt und Putin die ukrainische Regierung übernommen hat, ist es dafür zu spät. Der Flüchtlingsstrom, der dann einsetzen wird, wird immens und auch für uns nicht leicht zu betreuen sein. Der Freistaat muss deshalb alle wirtschaftlichen Verbindungen mit Unterstützern Putins kappen und bayerische Unternehmen im Hinblick auf unterbrochene Lieferketten und mehr Unabhängigkeit unterstützen.

Die Ukraine und Bayern sind freundschaftlich verbunden. Das belegen viele Bindungen wie Städte- und Schulpartnerschaften. Diese Bindungen wollen wir stärken. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine und auch der Menschen in Russland, die sich mit großem Mut für Demokratie und Frieden einsetzen und damit ihr Leben riskieren. Lasst uns daran arbeiten, diese Menschen in ihrem Widerstand zu unterstützen und zumindest mit gesicherten Informationen zu versorgen.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wir wollen, dass die bayerische Politik die Herausforderungen in der europäischen Zusammenarbeit, beim Umbau der Energieversorgung, bei der Beendigung der Abhängigkeiten von Putin und beim Schutz von Geflüchteten vor diesem menschenverachtenden Krieg entschlossen angeht. Aber es wurde jetzt auch schon gesagt, dass Gespräche, Diplomatie und Verträge die Instrumente sind, die Krieg, Hunger, Not und Katastrophen beenden und Frieden schaffen können. Diese Wahrheit gilt nach wie vor. Es ist nicht die Gewalt. Das lehrt uns schmerzhaft die Geschichte, und das lehrt uns die Friedens- und Konfliktforschung seit nunmehr fünfzig Jahren. Deshalb hoffen wir sehr, dass diese sinnvollen politischen Instrumente bald wieder die Oberhand gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich das Wort der Staatsministerin Melanie Huml zu einer Stellungnahme für die Staatsregierung.

Staatsministerin Melanie Huml (Europaangelegenheiten und Internationales): Werte Präsidentin, liebe Gäste der Ukrainischen Freien Universität, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unvorstellbar: Krieg in Europa. Und der Krieg in Europa geht leider weiter. Die Bayerische Staatsregierung verurteilt den durch nichts begründeten Angriffskrieg Russlands auf sein friedliches Nachbarland auf das Schärfste. Das möchte ich in dieser Deutlichkeit hier auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Brutalität der Bilder, die wir in den letzten Tagen sehen mussten, trifft uns alle. Das ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine; das ist auch ein Angriff auf unsere Werte. Es ist ein Angriff auf die Demokratie. Er muss auf das Schärfste verurteilt werden und wird von uns als Staatsregierung auf das Schärfste verurteilt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin weiter in intensivem Austausch mit Vertretern der Ukraine, aber auch der Nachbarstaaten. Bayern sichert dem ukrainischen Volk in dieser schweren Stunde seine uneingeschränkte Solidarität und Hilfsbereitschaft zu. Diese Hilfsbereitschaft ist aber nicht nur die Hilfsbereitschaft der Staatsregierung, sondern auch die Hilfsbereitschaft der vielen Menschen in Bayern. Viele Kolleginnen und Kollegen haben es bereits angesprochen.

Mittlerweile sind mehr als 2 Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet. Die größte Anzahl, mehr als 1 Millionen Menschen, ist momentan über Polen geflüchtet oder befindet sich noch in Polen, aber auch in Ungarn, der Republik Moldau und der Slowakei. Deswegen ist es auch notwendig, diesen Nachbarländern dabei zu helfen, wie sie die Kriegsflüchtlinge unterstützen.

Bayern hilft schnell und zielgerichtet mit Schutzausrüstung und Hilfsgütern aus unserem Pandemiezentrallager. Zum Teil gehen die Materialien an die Ukraine, die Slowakei und die Republik Moldau. Wir investieren über 500.000 Euro an Material und sind bereit, dies weiter und gerne noch mehr zu tun. Wir schauen aber immer, welcher Bedarf besteht. Es geht nicht darum, irgendetwas zu liefern, sondern dem wirklichen Bedarf zu entsprechen. Das liefern wir in die Ukraine und die Nachbarländer, um hier zu unterstützen und den Menschen in dieser Notsituation auf der Flucht oder im eigenen Land zu helfen.

Wir richten uns aber auch in Bayern darauf ein, Unterkunft und Zuflucht zu bieten. Liebe Kolleginnen Sandt und Demirel, ich muss Ihnen sagen, dass unser Innenminister hier sehr viel unterwegs ist. Wir würden uns wünschen, dass wir von der Bundesebene eine klarere Koordination bekämen. Ich darf zum Beispiel aus Bamberg berichten. Da waren kürzlich 250 Flüchtlinge angekündigt. Alle standen am Bahnhof bereit, und dann kam eine einzige Familie an. Oder umgekehrt heißt es, es kommen wenige, und dann sind es ganze Züge. Wir können vor Ort in der Verantwortung der Kommunen noch besser helfen, wenn wir von der Bundesregierung klarere Vorgaben und

eine klarere Koordination bekommen. Das fordere ich an der Stelle ganz deutlich, wenn wir zielgerichtet helfen sollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir stellen uns darauf ein, wir bereiten uns vor. Das heißt auch, dass wir schauen, welche Unterkunftsmöglichkeiten es in Asylunterkünften und Übergangwohnheimen, aber auch durch Neuanmietungen, in Containern und Hotels gibt. Überall wird hingelangt, überall wird geholfen und sich entsprechend vorbereitet.

Das sage ich ebenfalls deutlich: Bayern wird den Kommunen die Flüchtlingskosten erstatten. Wir wünschten uns ähnlich klare Zusagen von der Bundesebene. Auch das so deutlich an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Bund hat sich dazu nämlich leider noch nicht geäußert.

Ich möchte an der Stelle wie zu Beginn noch einmal den Menschen danken, die hier in Bayern helfen und unterstützen. Wir erleben eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft. Ich durfte selber an einer gemeinsamen Aktion teilnehmen, die von den GRÜNEN über die Parteien und Landtagsfraktionen organisiert war. Ich war bei der Kundgebung der SPD-Fraktion am Königsplatz. Es gab noch viele weitere überparteiliche Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Bayern für den Frieden, an denen ich und viele Kolleginnen und Kollegen schon teilnehmen durften.

Aber es gibt nicht nur diese Solidarität auf der Straße. Nein, es gibt auch wahnsinnig viel Hilfsbereitschaft bei den Menschen und den Hilfsorganisationen, sich vor Ort zu kümmern. Vielen herzlichen Dank an all die Menschen, die Unterkunft geben, die ihre Zeit widmen, die vor Ort sind, die helfen, die dolmetschen, die organisieren, die koordinieren, die die Hilfszüge in Richtung Ukraine auf den Weg bringen. Vielen Dank an diese vielen, vielen Menschen in Bayern! Danke!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir unterstützen dieses Engagement zum Beispiel auch mit der Informationsseite des Innenministeriums "www.ukraine-hilfe.bayern.de", auf der Angebote gemacht werden können und entsprechend weitervermittelt werden. Die freie Wohlfahrtspflege hat mit dem Sozialministerium ein Hilfstelefon eingerichtet. All das sind Möglichkeiten, um zu koordinieren und zu unterstützen.

Wir haben auch gehört, dass sehr viele Frauen, Mütter mit ihren Kindern bei uns ankommen; das habe ich auch in persönlichen Kontakten mitbekommen, und wir alle sehen es in den Bildern. Das wird für uns hier noch zur Aufgabe werden, entsprechende Betreuungsangebote – Kindergartenplätze, Schulumöglichkeiten – zu stellen. Wir bereiten uns darauf vor. Das wird nicht ganz einfach werden, aber wir tun unser Bestes, um den Kindern wieder möglichst viel Normalität geben zu können. Ich darf da an ein Zitat von Michail Gorbatschow erinnern aus einer Zeit, als Russland noch mehr auf dem Weg Richtung Demokratie unterwegs war. Er hat damals gesagt: "An den Frieden denken heißt, an die Kinder denken." – Uns allen muss es im Moment, wenn wir sehen, wie Kinderkrankenhäuser bombardiert werden, wenn wir erleben, wie Kinder traumatisiert hier ankommen, ein Anliegen sein, hier auf alle Fälle zu helfen und zu unterstützen.

Wir unterstützen aber nicht nur die Familien mit Kindern oder die Mütter mit Kindern, sondern auch zum Beispiel ukrainische Studierende und Forscher. Auch hierfür haben wir 500.000 Euro bereitgestellt, wenn Unterstützung notwendig ist. Gleichzeitig haben wir aber auch die Hochschulen aufgefordert – das wurde schon umgesetzt –, dass die Kontakte zu russischen Forschungseinrichtungen ausgesetzt bzw. eingestellt werden. Das möchte ich hier heute in dieser Deutlichkeit auch sagen.

Die Konsequenzen des Krieges treffen uns alle weltweit. Wir haben eine neue sicherheitspolitische Lage. Auch die Wirtschaftsbeziehungen – das wurde hier schon mehrfach angesprochen – sind davon betroffen, genauso die Situation in Bezug auf die

Energieversorgung. Die Herausforderungen sind gewaltig. Viele Folgen werden wir erst in den nächsten Wochen und Monaten sehen.

Aus vielen Gesprächen mit Menschen – das geht vielen Kollegen ähnlich – merken wir auch, dass Menschen in Bayern verunsichert sind, dass sie Sorge haben um ihre Sicherheit: Wie sieht es mit der Versorgung aus? Kann ich mir noch leisten, meine Wohnung zu heizen? All das sind Fragen, die Menschen haben. – Auch hier haben wir als Staatsregierung in den letzten Wochen bereits umfangreiche Maßnahmen in einer Sondersitzung des Kabinetts beschlossen. Auch hier waren wir als Staatsregierung aktiv.

Dazu sind einige Punkte notwendig. Ich denke bei Sicherheit vor allem daran, dass die Bundeswehr wieder einsatzfähig sein muss, und zwar schnell. Landes- und Bündnisverteidigung müssen in den Mittelpunkt rücken. Dazu wird es morgen einen Entschließungsantrag im Bundesrat geben. Florian Herrmann ist dort mit federführend. Wir sind sehr stark dahinter, dass wir diese Landes- und Bündnisverteidigung zügig umsetzen können.

Thema Energieversorgung und Versorgungsketten: Wir spüren bereits die hohen Benzinpreise. Ich möchte auch hier sagen, was mir dabei sehr wichtig ist: Wir brauchen eine Energie- und Spritpreisbremse; denn mittels der Energiesteuern nimmt der Bund Milliarden Euro ein. Da sollten wir schauen, dass einiges an die Bürgerinnen und Bürger zurückkommt. Lassen Sie mich dazu noch ein Wort sagen: Wir müssen alle Möglichkeiten der Versorgungssicherheit und einer bezahlbaren Versorgung nutzen. Dazu gehört für mich auch eine temporäre Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Das darf kein Tabu aus ideologischen Gründen sein. Das sage ich in dieser Deutlichkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Wir müssen uns auf allen Ebenen schützen. Wir erhoffen uns hier vom Bund, dass wir im Bereich der Energie und der Wirtschaft Hilfe und Unterstützung für unsere Unternehmen bekommen, die besonders betroffen sind.

Aber in diesen Tagen gilt es vor allem, erst mal den Menschen zu helfen, die bei uns ankommen, und alle diplomatischen Kanäle offenzuhalten – Herr Kollege König hat es vorhin richtig gesagt –, um an Lösungen zu arbeiten. Dafür ist erforderlich, dass es weiter Gespräche gibt. Hoffen wir, dass es für die Menschen bald ein Ende des Krieges gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aktuelle Stunde ist beendet.